



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

43. Ratssitzung vom 29. März 2023

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2022/293, 2023/44, 2023/94 und 2023/96

1615. 2022/293

Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 29.06.2022: Strategie und Erfolge gegen den gut vernetzten Linksextremismus sowie Haltung zur Durchsetzung einer Strategie mit allen rechtsstaatlichen Mitteln

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 10 vom 11. Januar 2023).

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2022/293, 2023/44, 2023/94 und 2023/96.

Samuel Balsiger (SVP) nimmt Stellung zur Interpellation GR Nr. 2022/293: Die Interpellation zeigt das Versagen des Stadtrats auf. Er hält fest, dass er keine Strategie gegen den gut vernetzten und äusserst aktiven Linksextremismus hat. Zudem verharmlost er die Sache, indem er lediglich auf eine Schriftliche Anfrage der Grünen verweist, in der es um Rechtsextremismus ging. Als Ergebnis dieser verharmlosenden Politik verwüstete im Februar 2023 die Antifa den Kreis 4. Meistens sind es etwa 1000 Vermummte, die Sachbeschädigung verüben und Menschen attackieren. Das sind kriminelle Menschen und doch hat der Stadtrat keine Strategie, um gegen sie vorzugehen. Als diese Art Gewalt zuletzt geschah, meinte der Stadtrat, dass sie von der Gewaltbereitschaft der Demonstrierenden überrascht wurden – die SVP fragte aber schon vor Monaten nach einer Strategie. Fragen Sie sich: Wenn wir die Akteure austauschen, wie würden Sie handeln? Wenn 1000 Vermummte der Jungen Tat dasselbe machen würden, würden Sie noch immer sagen, dass es kein Problem ist? Natürlich nicht. Aber bei Linksextremismus scheinen sie eine politische Nähe zu haben, die die Situation nicht so schlimm erscheinen lässt. Sie müssen sich für zukünftige Gewalt und Opfer mitverantwortlich fühlen, wenn Sie diese Vorstösse nicht überweisen und dem Stadtrat keinen Auftrag gegen Linksextremismus geben. Bekennen Sie Farbe gegen jeglichen Extremismus.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat GR Nr. 2023/44 (vergleiche Beschluss-Nr. 1345/2023): Der Stadtrat soll eine Strategie gegen den Linksextremismus entwickeln, die in der Kommission unter Geheimhaltung beraten wird. Das Gewaltpotential des Linksextremismus ist klar ersichtlich. Ich sage nochmals: Tauschen Sie die Akteure aus und sehen Sie, wie Sie dann reagieren würden. Ich weiss, dass Ihnen das egal ist und gehe nicht davon aus, dass wir einen dieser Vorstösse überweisen können. Es geht darum, dass die SVP ihre Position klar markiert, dass wir darüber sprechen und Sie Stellung beziehen müssen. Bei zukünftigen Gewaltausbrüchen werden wir Sie daran erinnern, dass Sie weggeschaut und nichts gemacht haben.



Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Der Stadtrat verurteilt Gewalttaten und Drohungen jeglicher Art. Bereits im Januar 2023 überwies der Gemeinderat die Postulate GR Nr. 2022/563 und GR Nr. 2022/564. Ersteres fordert, dass extremistische Angriffe vertieft untersucht und Handlungsmöglichkeiten gegen gewaltbereiten Extremismus geprüft werden und zwar gegen rechts-, linksextrem und religiös motivierten Extremismus. Das Zweite fordert den Stadtrat auf zu prüfen, wie zu den Gefahren des Rechtsextremismus informiert und sensibilisiert werden kann. Auch der Stadtrat ist der Ansicht, dass das Thema Aufmerksamkeit verdient, weswegen er sich zur Annahme der Postulate mit dem Wort «rechtsextrem» bereiterklärt hatte und auch das Postulat GR Nr. 2023/94 zur Bekämpfung des militanten Linksextremismus entgegennehmen wird. Extreme Ansichten müssen in einer Demokratie ausgehalten werden können – Gewalt, Drohungen und Einschüchterungen hingegen nicht. Das gilt unabhängig von der politischen Gesinnung, religiösen Motivation oder dem monothematischen Extremismus dahinter. Für den Stadtrat ist klar: Ob gegen links- oder rechtsextrem ist die Stadt alles andere als untätig. Sie geht bereits repressiv und präventiv gegen Extremismus vor, indem die Stadtpolizei im öffentlichen Raum Präsenz markiert. Sie greift bei strafbaren Handlungen ein und verfolgt Täterschaften. Seit dem Jahr 2021 erfassen wir sogenannte «Hatecrimes» statistisch und beobachten die Lage. Im Schul- und Sportdepartement (SSD) gibt es die Fachstelle für Gewaltprävention als Anlaufstelle im pädagogischen Bereich. Alle zuständigen städtischen Stellen und nicht nur die Polizei wirken Extremismus entgegen. Das machen sie nicht alleine, sondern im Verbund. Der «Nationale Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (NAP)» hat das Ziel, die Vernetzung zu stärken. Es geht um mehr als den Informationsfluss zwischen den Polizeiorganisationen der föderalen Schweiz. Nebst unserer Gesellschaft als Ganzes sind diverse staatliche Stellen auf allen Ebenen gefordert. Der zweite NAP ist verstärkt auf alle Formen des Gewaltextremismus ausgerichtet, mit besonderem Schwerpunkt auf die Prävention der Radikalisierung von jungen Menschen und dem kritischen Umgang mit dem Internet und sozialen Medien. Eine Strategie, wie sie das Postulat GR Nr. 2023/44 fordert, gibt es bereits in Form des NAP, an dem die Stadt beteiligt ist. Aus Sicht des Stadtrats braucht es keine separate Strategie für Zürich – der Extremismus macht nicht an der Stadtgrenze halt. Auch für Linksextremismus braucht es keine separate Strategie, da wir uns mit allen Formen des gewaltbereiten Extremismus auseinandersetzen. Wie sich die Stadtpolizei im Detail aufstellt und welche Massnahmen sie im Umgang mit extremistisch motivierten Vorfällen ergreift, gehört zu den operativen Aufgaben der Stadtpolizei. Zum Postulat GR Nr. 2023/94: Selbstverständlich steht die Stadtpolizei im Austausch mit den relevanten Stellen. Die Zusammenarbeit mit dem Nachrichtendienst sowie mit dem Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) besteht bereits und ist ausreichend. In der Begründung des Postulats wird aus dem Evaluationsbericht des ersten NAP zitiert, wobei es heisst, dass der Vernetzungsstand auszubauen sei. Das dort erwähnte Defizit ist nicht auf den polizeilichen Informationsaustausch bezogen, sondern betrifft diverse beteiligte Institutionen. Im Bericht der ECOPLAN AG steht: «Eine Kultur des Austauschs zwischen den Institutionen und der Implementierung von «Best Practices» ist noch nicht erkennbar. Die relevanten Akteure aus den verschiedenen Gemeinden, Kantonen sowie dem Bund sollten sich über ihre jeweilige Arbeit austauschen und Erkenntnisse teilen». Diese Empfehlung*



wird mit dem zweiten Aktionsplan berücksichtigt, der seit Anfang des Jahres 2023 gilt. Zum Postulat GR 2023/96: Der Stadtrat verurteilt Gewalt und Drohungen jeglicher Art. Die Sachbeschädigungen durch die in den Krawall vom 18. Februar 2023 involvierten Personen verurteilt der Stadtrat zutiefst. Die Stadtpolizei analysiert den Einsatz und wird Erkenntnisse daraus ziehen und umsetzen. Der Stadtrat erachtet es nicht als sinnvoll, die Bekämpfung von militantem Linksextremismus zum Legislatorschwerpunkt zu erklären. Diese Anstrengungen und Massnahmen sind bereits in Erarbeitung und im NAP sinnvoll gebündelt. Ich bitte Sie im Namen des Stadtrats, diese Postulate abzulehnen.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat GR Nr. 2023/94 (vergleiche Beschluss-Nr. 1441/2023): Die Vernetzung der verschiedenen Behörden soll gesteigert und besonders das Informationsmanagement ausgebaut werden. Als wir mittels Interpellation nach einer Strategie des Stadtrats fragten, wurde nicht auf den soeben genannten Aktionsplan verwiesen, sondern nur auf eine Schriftliche Anfrage der Grünen, in der es um Rechtsextremismus geht. Es kann nicht sein, dass der Stadtrat den Aktionsplan bisher als Strategie betrachtete – vielleicht tut er es nach diesen Vorstössen. Schon bei der Räumung des Binz-Areals im Jahr 2013 fanden ähnliche Krawalle von Linksextremen statt. Man konnte davon ausgehen, dass wieder etwas passieren wird. Der Stadtrat hat keine Strategie, wenn 10 Jahre nach den verheerenden Ausschreitungen – mit einer Million Sachschaden und Plünderungen – ein ähnliches Szenario eintritt. Fragen Sie sich, hätten Sie bei einer anderen Gruppierung wie der Jungen Tat keine Polizei geschickt und gesagt, wir haben kein Problem? Sie verharmlosen das grosse Gewaltpotential und sind auf dem linken Auge blind. Es war bekannt, dass eine Demonstration stattfinden soll und dass es bei der letzten Räumung beim Koch-Areal zu Ausschreitungen kam. Es ist uns schleierhaft, wie die Stadtpolizei von der Gewalt überrascht werden konnte, wo doch der NAP den Linksextremismus klar als Gefahr benennt. Der Stadtrat scheint den Nationalen Aktionsplan bis anhin nicht verfolgt zu haben. Hinzuzufügen ist, dass regelmässig Grossveranstaltungen stattfanden, für die keine Gewinnsteuer abgegeben und so Steuern hinterzogen wurden. Wieder verweise ich auf Statistiken des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB), die aufzeigen, dass der Linksextremismus bis um ein Hundertfaches mehr Gewaltvorfälle generiert, als der Rechtsextremismus. Diese Gruppierung greift Menschen an, mit denen sie nicht einig sind, während diese nur ihre demokratischen Rechte ausüben. Sie hegen Sympathien für diese Linksextremen, das ist beschämend. Fragen Sie sich, mit wem Sie sympathisieren und von wem Sie sich distanzieren wollen.

Moritz Bögli (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 15. März 2023 gestellten Ablehnungsantrag zu Postulat GR Nr. 2023/94: Die SVP will mit dem Postulat in erster Linie ihre Hufeisentheorie propagieren. Dass der Stadtrat ebenfalls Linksextreme und Faschisten gleichzusetzen scheint, ist beunruhigend. Das Postulat sieht darüber hinweg, wie der NDB Gewaltereignisse definiert: Sachbeschädigungen und Sprayereien fallen ebenfalls unter gewalttätige Vorfälle. Die SVP und der NDB scheinen weismachen zu wollen, dass solche Ereignisse mit Brandanschlägen auf Asylzentren oder Verprügelungen von queeren Menschen gleichzusetzen sind. Der Vergleich zu Rechtsextremen als Akteuren funktioniert nicht – das eine sind körperliche Verletzungen und teilweise Tote, das andere sind Schmierereien ans Parlament. Die SVP legitimiert mit ihrer Politik Fa-



schismus. Fast alle sozialen Grundsteine der Schweizer Gesellschaft waren einmal Forderungen der sogenannten «militanten Linksextremen». Legitime politische Forderungen sollen durch die Staatsmacht unterdrückt werden und Menschen, die nicht an ein kapitalistisches Dogma glauben, sollen staatliche Repression erfahren. Dieses und die folgenden Postulate sind einer Demokratie unwürdig und abzulehnen.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat GR Nr. 2023/96 (vergleiche Beschluss-Nr. 1443/2023): *Soeben wurde sozialer Fortschritt mit den Koch-Ausschreitungen gleichgesetzt. Das ist bezeichnend dafür, dass es einen Legislatorschwerpunkt braucht, wenn es bereits einen parlamentarischen Arm für den Linksextremismus gibt. Gewalttaten wie die beschriebenen sind zu verurteilen und ernst zu nehmen. Die Ratsmehrheit scheint das nicht zu sehen. Der Stadtrat muss das erkennen und als die letzte Instanz Verantwortung übernehmen. Die Ausrichtung von Links- und Rechtsextremismus weist eine grosse Schnittmenge auf, wobei der Linksextremismus viel gefährlicher ist. Im Jahr 2019 gab es von linksextremer Seite gesamthaft 207 Vorfälle, wovon 115 als gewalttätig eingestuft wurden. Von Rechtsextremen gab es nur einen. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso bei dieser Thematik kein Legislatorschwerpunkt gesetzt werden soll.*

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Wenn im Mai 2023 das Hardturm-Areal geräumt werden muss, wird es den nächsten Vorfälle geben. Es wäre sinnvoll, die Personalien der dort lebenden Personen jetzt schon aufzunehmen. Die Sachlage zum Extremismus ist beim Bund deutlich nachzulesen. Extremismus bezeichnet politische Richtungen, die den Wert der freiheitlichen Demokratie und den Rechtsstaat ablehnen. Gewaltbezug haben sie keinen. Gewalttätiger Extremismus bezeichnet die Bestrebungen von Organisationen, die die demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen ablehnen und Gewalttaten befürworten, fördern oder verüben, um ihr Ziel zu erreichen. Terrorismus ist folgendermassen definiert: «Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung, verwirklicht oder begünstigt durch Begehung oder Androhung schwerer Straftaten oder Verbreiten von Furcht und Schrecken». Das trifft auf die Klimajugend zu. Zudem schreibt der Bund: «Das Gewaltpotential des gewalttätigen Linksextremismus hat in den letzten Jahren zugenommen, da die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gesunken ist». Nur wer sich nicht informiert, ist überrascht, wenn Gewalttaten passieren. Wir müssen vorausschauen, wie wir das Problem in den Griff kriegen und die Stadt vor solchen Gewalttaten schützen können.*

Stephan Iten (SVP): *Die Aussagen von Moritz Bögli (AL) schockieren mich. Als es darum ging, den Rechtsextremismus zu bekämpfen, und wir den Linksextremismus mittels Textänderungen miteinbeziehen wollten, wurde unser Anliegen unter dem Vorwand abgelehnt, dass der Linksextremismus nur Sachschäden verursache und nicht wie der Rechtsextremismus Menschen attackiere. Mit Steinen und Schlagwerkzeugen auf Polizei und Sanitäter loszugehen, ist auch eine Gewalttat. Sachbeschädigung auf Kosten von Gewerbetreibenden, Steuerzahlern und Unbeteiligten ist nicht weniger schlimm. Es gibt eine Vielzahl bekannter Situationen, in denen linksextreme Personen gegenüber*



Menschen gewalttätig wurden, oft aus militanter Selbstjustiz. Auch von unserer Sicherheitsvorsteherin bin ich schockiert, da sie für die Sicherheit der Stadt Zürich, deren Bewohner und Touristen zuständig wäre. Wie der Linksextremismus verniedlicht wird, ist schockierend, denn er ist gefährlicher und viel häufiger als Rechtsextremismus.

Andreas Egli (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat GR Nr. 2023/94: *Dass ich eine andere Vorstellung von Extremismus als Moritz Bögli (AL) habe, ist in einem demokratischen Parlament in Ordnung. Die Problematik ist der militante Extremismus. Ob ich von Links- oder Rechtsextremen verprügelt werde oder wer Sachbeschädigung verübt, ist mir egal. In der besprochenen Interpellationsantwort des Stadtrats war durchaus vom Nationalen Aktionsplan die Rede. Bei Postulat GR Nr. 2023/44 sehe ich als Präsident der Sachkommission Sicherheitsdepartement, Verkehr (SK SID/V) wenig persönlichen und gemeinderätlichen Nutzen, wenn eine Strategie unter Geheimhaltung erwähnt wird. So könnten wir nichts Substantielles dazu kommunizieren und zusätzlich ist eine solche Strategie nicht in unserer Zuständigkeit. Die FDP beantragt daher die Ablehnung von Postulat GR Nr. 2023/44. Bei Postulat GR Nr. 2023/94 schlagen wir eine Textänderung vor, die eine Prüfung des militanten Extremismus generell vorsieht. Dass bisher eine ganzheitliche Betrachtung der Extremismen abgelehnt wurde, ist für mich unverständlich, denn unter militanten Extremismus fallen viele Gruppierungen, die verwerfliche Handlungen begehen. Für einen Legislatorschwerpunkt gemäss Postulat GR Nr. 2023/96 sehen wir keinen Bedarf und lehnen es ab.*

Patrick Hässig (GLP): *Die GLP ist der Meinung, dass alle Formen des gewaltbereiten Extremismus zu betrachten sind. Die Ratseffizienz ist in letzter Zeit durch zeitraubende und unsaubere Vorstösse von allen Seiten stark gesunken. Das kostet Steuergelder und blockiert den Ratsbetrieb. Im Sinne der Effizienz komme ich zum Abstimmungsverhalten der GLP, die alle vorliegenden Postulate ablehnt.*

Luca Maggi (Grüne): *Die Grünen lehnen alle vorliegenden Postulate, sowie die noch nicht besprochenen Tagesordnungspunkte (TOP) 24–26 und 28–30 ab. Die von der SVP eingereichten Vorstösse stammen aus zwei Quellen: Zum einen aus dem Strafgesetzbuch, wobei wir der Meinung sind, dass für dort schon festgehaltene Anliegen keine Vorstösse eingereicht werden müssen; zum anderen vom NDB, dessen Arbeit hinterfragt werden muss. Seine Datenbank enthält 2394 Einträge über die Grüne Partei. Wer so arbeitet, kann nur zur präsentierten Statistik kommen. Die Vorstösse sind schlecht erarbeitet und bereits in einer anderen Form geregelt. Sie verfolgen den einzigen Zweck, sich zu profilieren und den Rat zu blockieren. Deswegen lehnen wir das gesamte sogenannte Sicherheitspaket der SVP ab und werden uns nicht mehr dazu äussern. Ich muss aber darauf hinweisen, dass die beiden Extremismen von polizeilicher Seite sehr unterschiedlich behandelt werden. Es muss mehr als in den bisherigen Voten differenziert werden.*

Peter Anderegg (EVP): *Zum Einstieg möchte ich festhalten, dass die Die Mitte/EVP-Fraktion jegliche Art von gewaltbareitem Extremismus ablehnt, egal von welcher Seite er ausgeht. Den behandelten Vorstössen stehen wir skeptisch gegenüber, da sie einseitig sind. Das Gewaltpotential des gewaltbereiten Linksextremismus nehmen wir ernst. Dass*



sowohl die linke als auch die rechte Ratsseite auf die anderen zeigt, wenn es um gewaltbereiten Extremismus geht, ist ermüdend. Das wirkliche Problem ist, dass verschiedene Gruppierungen ihre Anliegen mit Gewalt zu fördern versuchen. Der Stadtrat versucht alle Formen des Extremismus auf verschiedenen Ebenen und im Verbund mit dem Kanton und dem Bund nicht nur zu bekämpfen, sondern zu verhindern. Es ist zu erwähnen, dass die Stadtpolizei in erhöhter Präsenz präventiv wirken und durch schnelle und konsequente Interventionen strafbare Handlungen verhindern oder Täterschaften verfolgen kann. Dazu braucht es personelle Ressourcen, die momentan vom Rat mehr oder weniger blockiert werden. Wir lehnen Postulat GR Nr. 2023/44 und Postulat GR Nr. 2023/96 ab, Postulat GR Nr. 2023/94 nehmen wir mit der Textänderung an.

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung zum Postulat GR Nr. 2023/94 einverstanden: Die Textänderung nehmen wir an. Für uns Bürgerliche ist es unvorstellbar Gewalt anzuwenden, um politische Mittel durchzusetzen. Dass Peter Anderegg (EVP) alle Arten von Gewalt verurteilt, freut mich, denn so sollte es sein. Eine solche Aussage und deutliche Verurteilung linker Ausschreitungen vermisse ich von linker Seite. Dass der Vorstoss abgelehnt wird, weil er schlecht formatiert sei, ist ein fadenscheiniger Vorwand. Die Zweifel am NDB zeigen, dass die Augen vor der Wahrheit verschlossen werden.

Dominik Waser (Grüne): Es wurden in dieser Debatte Grenzen überschritten, indem verschiedenen Gruppen, die links, aber nicht extrem sind, Gewalt unterstellt wurde.

David Ondraschek (Die Mitte): Moritz Bögli (AL) hat recht, wenn er sagt, dass es wissenschaftlich widerlegt ist, dass links- und rechtsextreme Formen sozusagen gleich seien. Es gibt sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten und über diese sollten die im Bedarfsfall intervenierenden Einheiten informiert sein, damit sie zweckmässig und effektiv Gewalt verhindern können.

Fanny de Weck (SP): Ich beziehe mich auf alle gemeinsam diskutierten Vorstösse. Als erstes möchte ich an dieser Stelle klar festhalten, dass die SP extremistische Haltungen, Gewalt an Gegenständen und an Personen entschieden ablehnt und aufs Schärfste verurteilt. Gleichzeitig beobachten wir, wie die Strafverfolgungsbehörden, die Polizei, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte im Bereich der Bekämpfung von linksextremistischen Straftaten funktionieren. Eine hundertprozentige Sicherheit in einem Rechtsstaat ist natürlich schwer zu erreichen und es kann nicht bei allem präventiv vorgegangen werden. Dennoch, es werden viele Strafbefehle erteilt, Ermittlungen durchgeführt, Menschen weggewiesen und Strafverfahren laufen. Eine verstärkte Schwerpunktsetzung zu Linksextremismus für diese Legislatur drängt sich vor diesem Hintergrund nicht auf. Es ist fraglich, ob der Gemeinderat und der Stadtrat im Sinn einer Schwerpunktsetzung im Bereich der inneren Sicherheit überhaupt die nötigen politischen Kompetenzen in unserem föderalistischen Rechtsstaat haben. Wir wollen die städtischen Behörden nicht mit unklaren Strategien dieser weitgehend populistischen und teilweise schwer verständlichen Vorstösse belasten, die von rechtlicher Seite schwer umsetzbar sind. Aus diesen Gründen lehnen wir die Vorstösse als Gesamtes ab. Die städtischen Behörden sind in diesem Bereich mit genügend zweckmässigen Strategien ausgestattet.



Moritz Bögli (AL): Ich möchte richtigstellen, dass die von Stephan Iten (SVP) genannten Vorstösse nicht von der AL miteingereicht und grösstenteils abgelehnt wurden.

Andreas Egli (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat GR Nr. 2023/96: Auch hier soll der Begriff des «militanten Linksextremismus» durch «militanten Extremismus» ersetzt werden. Ich möchte klar festhalten, dass wir weder linken noch rechten Extremismus gutheissen, sondern gewaltbereiten Extremismus generell verurteilen. Das Verhalten im Rat gegenüber den verschiedenen Extremismen ist nicht konsistent; bei den Vorstössen zum Rechtsextremismus wurde die politische Kompetenz mit keinem Wort erwähnt, stattdessen wurden sinnvolle Textänderungen pauschal abgelehnt. Extremismus ist dann Extremismus, wenn er extremistisch und militant ist.

Johann Widmer (SVP): Hier wird nicht zur Kenntnis genommen, wie die Begriffe auf Bundesebene definiert sind. Man kann nicht selber uninformiert sein und dem NDB unsaubere Arbeit unterstellen. Nehmen Sie die Begriffsdefinitionen zur Kenntnis und handeln Sie entsprechend. Zu den Debattenkosten: Im Geschäft vorher wurden 130 Millionen Franken gesprochen, da sind ein paar Tausend Franken vernachlässigbar.

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung zum Postulat GR Nr. 2023/96 einverstanden: Dass laut Dominik Waser (Grüne) Grenzen überschritten wurden, ist unsinnig und entspricht nicht dem demokratischen Prozess. Verschiedene Meinungen müssen in einer demokratischen Debatte ertragen werden können. Das ist auch das Problem der Linksextremen, die keine anderen Meinungen gelten lassen wollen. Die Debatte zeigt, dass Sie nicht gegen alle Arten von Extremismus sind, sondern nur, wenn es Ihnen politisch helfen könnte. Den Textänderungsantrag nehmen wir an.

Monika Bättschmann (Grüne) stellt den Ordnungsantrag auf Abbruch der gemeinsamen Debatte zu den Geschäften GR Nrn. 2022/293, 2023/44, 2023/94 und 2023/96: Im Namen der Grünen stelle ich den Antrag, die Debatte abzubrechen. Es geht nicht, dass auf diesem unterirdischen Niveau diskutiert wird.

Samuel Balsiger (SVP): Das Verhalten des Ratspräsidenten ist unerhört. Es ist auch unterstes Niveau, dass Sie die Debatte abbrechen wollen, wenn wir sie gerade beendet haben. Sie wollen die Realität nicht hören. Alle die dem Ordnungsantrag zustimmen, haben ein Problem mit der Demokratie. Halten Sie andere Meinungen aus.

Michael Schmid (FDP): Der Ordnungsantrag ist verunglückt, weil die Debatte beendet war. Beim vorletzten Votum von Samuel Balsiger (SVP) hätte man das Wort entziehen können, da es nicht sachlich und ehrverletzend gegenüber der Grünen-Fraktion war. Debatten sollten zukünftig ernsthaft geführt werden und nicht in dieser Art entgleisen.

Der Ordnungsantrag wird mit 40 gegen 41 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.



8 / 9

1616. 2023/44

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.02.2023:
Entwicklung einer Strategie gegen den gut vernetzten und aktiven Linksextremismus sowie Beratung der Strategie in der zuständigen Sachkommission des Gemeinderats unter Geheimhaltung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/293, Beschluss-Nr. 1615/2023.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1345/2023).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 13 gegen 103 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1617. 2023/94

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.03.2023:
Bekämpfung des militanten Linksextremismus, Verbesserung der Vernetzung der Behörden und des Informationsmanagements**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/293, Beschluss-Nr. 1615/2023.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1441/2023).

Moritz Bögli (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 15. März 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie zur Bekämpfung des militanten ~~Linkse~~Extremismus die Vernetzung zwischen den verschiedenen Behörden und das Informationsmanagement stark verbessert werden können.

Das geänderte Postulat wird mit 42 gegen 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



9 / 9

1618. 2023/96
Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.03.2023:
Bekämpfung des militanten Linksextremismus in Zusammenarbeit mit allen
Sicherheitsbehörden als Legislatorschwerpunkt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/293, Beschluss-Nr. 1615/2023.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1443/2023).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Bekämpfung des militanten ~~Linke~~Extremismus in Zusammenarbeit mit allen Sicherheitsbehörden zu einem Legislatorschwerpunkt gemacht werden kann.

Das geänderte Postulat wird mit 13 gegen 84 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat